

MAX SCHIO  
EHRENMITGLIED PRO LIBERTATE



## Little dreams

1996 beschloss die Bundesversammlung einen Kredit von 130 Mio Franken für die Organisation und Durchführung der Landesausstellung 2001 (1964 beteiligte sich der Bund mit 60 Mio Franken an der Expo Lausanne). Man rechnete mit 10 Mio Besuchereintritten. Inzwischen haben sich die Kosten für den Bund nahezu um den Faktor 7 erhöht; man hofft jetzt noch auf 5 Mio Eintritte.

Das Volk darf über den Beitritt der UNO abstimmen. Mit wenig mehr als 50 Mio Franken ist man dabei. Ein Pappentier im Vergleich zu den 450 Mio, die wir heute schon bezahlen (für die man uns freilich nie an die Urne rief). Geflissentlich wird verschwiegen, was uns an Überraschungen blühen wird. Mit Salamitaktik (Markenzeichen der Expo.02), Schlitzohrigkeit und 2 Mio Franken Steuergeldern gibt sich der Bundesrat die Ehre.

## Eidgenössische Volksabstimmung vom 3. März 2002

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE empfiehlt folgende Parolen:

• **36-Stunden-Woche: Nein**

Das linke Begehren ist wirtschaftsfeindlich, es berücksichtigt in keiner Weise gesellschaftliche, arbeits- und finanzpolitische Rahmenbedingungen. Die Annahme der Vorlage würde die allgemeine Wohlfahrt des Schweizer Volkes massiv verschlechtern.

• **UNO-Beitritt: Nein**

Rund drei Viertel der Mitglieder, Gönner und Sympathisanten der Vereinigung PRO LIBERTATE lehnen gemäss einer Urabstimmung den Beitritt der Schweiz zur UNO ab. Der Artikel von Ständerat Bruno Frick auf Seite 2 würdigt die Argumente der UNO-Befürworter.

PRO LIBERTATE ist aber der Ansicht, nach der letzten UNO-Abstimmung von 1986 kann mit Überzeugung dargelegt werden, dass sich die Partnerschaft mit der UNO ausserhalb der politischen Gremien bewährt. Die Folgen des Bei-

tritts sind von der Landesregierung zu wenig aufgearbeitet. Die zukünftige Gestaltung der Neutralitätspolitik bleibt unbeantwortet. Welche Politik werden die Schweizer UNO-Botschafter in New York vertreten? Wie kann der Souverän (das Volk) seine Instruktionen einbringen? Will der Bundesrat Truppen für UNO-Missionen stellen? Welche Auswirkungen haben UNO-Programme auf den Finanz- und Wirtschaftsstandort Schweiz?

### In dieser Ausgabe

- 2 UNO – Pro und Contra
- 5 Broschüre Nr. 16 in Vorbereitung
- 6 «Nein» zum UNO-Vollbeitritt
- 8 Jahresbericht 2001
- 10 Bericht Projektgruppe
- 11 Buchempfehlung
- 12 Einladung nach Härkingen
- 13 Atommüll. ... weiterhin keine C-Waffenvernichtung
- 14 Das Bundeshaus wird 100 Jahre alt
- 15 Demokratie vernebelt
- 15 Freistellung von Chefredaktor Filippo Leutenegger
- 16 Werben Sie Mitglieder für PRO LIBERTATE

Hauptversammlung 2002  
der Vereinigung

PRO LIBERTATE

Datum: 9. März 2002, Samstag

Zeit: 10.30 Uhr

Ort: Bern, Restaurant  
Zum Äusseren Stand

Beachten Sie die entsprechenden  
Unterlagen.

info@prolibertate.ch





## Die Zeit ist reif für einen UNO-Beitritt der Schweiz

STÄNDERAT BRUNO FRICK, CVP/SZ

### Ein kleiner, aber wichtiger Schritt im Interesse der Schweiz

Die Zeit ist reif für den Schritt in die UNO. Den Schritt vom Vorzimmer in den Versammlungssaal. Im Hause selber sind wir seit 50 Jahren als Mitglied in allen Unterorganisationen. Was hinzu kommt, ist das Stimmrecht in der Vollversammlung – der kleine, aber wichtige Schritt zur Vollmitgliedschaft.

### Die Bedeutung der UNO ist massiv gestiegen

Seit dem Fall der Berliner Mauer haben sich die Verhältnisse in der Welt und in der UNO verändert. Die UNO ist nicht mehr blockiert, sondern im Gegenteil handlungsfähig geworden. Sie hat sich reformiert und arbeitet effizienter. Kurz: Die UNO hat an Einfluss und Durchschlagskraft gewonnen. Sie ist heute das einzige Forum, in dem die lebenswichtigen Fragen weltweit angegangen werden. Wenn wir heute mit der Welt sprechen wollen, müssen wir in der UNO sprechen.

### Die Bilanz der UNO ist positiv

In wichtigen Operationen konnte die UNO Frieden fördern, Konflikte ein-

dämmen, Kriege verhindern, namentlich in Namibia, Kuwait, Bosnien, Osttimor. Die UNO kann in Fragen der Weltgesundheit, Ernährung, Bildung und Menschenrechte gute Erfolge ausweisen. Daneben hat auch sie Mängel und Defizite, Versäumnisse und Misserfolge, wie jede andere Organisation. Wir wollen diese nicht schönreden. Doch verlieren wir darob unsere Urteilskraft nicht! Zehn verhinderte Konflikte rütteln weniger auf als ein einziger Krieg. Wir wollen aufbauen helfen und nicht nur kritisieren, wenn ein Baustein nicht gesetzt werden kann.

### Unsere Interessen besser wahren

Aussenpolitik ist nichts anderes als die Wahrung unserer materiellen und ideellen Interessen. Wo sollen wir unsere Interessen einbringen, wenn nicht dort, wo die ganze Welt an der Lösung ihrer grossen Probleme arbeitet? Das gilt ganz besonders für die Schweiz. Sie ist klein an Fläche und Einwohnerzahl, aber stark in der Wirtschaft und respektiert von den anderen. Der Beitritt liegt in unserem Interesse.

Grosse Staaten stützen sich auf ihre Macht, die kleinen Staaten leben vom Recht. Das einzige Machtmittel der

*Fortsetzung auf Seite 4*

# Contra UNO



## Behalten wir unsere einmalige Position in der Weltgemeinschaft!

NATIONALRAT  
HANSRUEDI WANDFLUH, SVP/BE

Wer den Befürwortern zuhört oder deren Inserate liest, muss zur Meinung kommen, es gehe bei der Vorlage, über welche wir am 3. März abstimmen, um die Abschaffung der UNO, oder aber, die Gegner wollten die Weltgesundheitsorganisation nicht mehr unterstützen, bei der Bekämpfung des Hungers nicht mehr mitmachen, bei den Bildungsprogrammen, beim Umweltschutz oder bei der Flüchtlingshilfe. Doch das ist nicht das Thema. Wir sind Mitglied in allen Unterorganisationen der UNO und engagieren uns nicht nur mit Geld, sondern durch aktive Mitarbeit. Dies wollen wir auch in Zukunft tun.

Die Frage, welche wir zu beantworten haben ist, ob wir JA sagen zum unparteiischen Friedensplatz Schweiz – zum Nutzen der Schweiz und der Welt. Oder alternativ, ob wir einem Vertrag unterzeichnen wollen, der uns zu Sanktionen und Boykotten gegenüber andern Ländern und Völkern verpflichten kann.

Charles Darwin hat mit seiner Evolutionstheorie «survival of the fittest» im 19. Jahrhundert erkannt, dass ein Lebewesen mindestens eine lebenswichtige Aktivität besser beherrschen muss, als die andern, wenn es überleben will. Diese Erkenntnis ist in ihrer Einfachheit und Logik auch auf Unternehmen oder Staaten anzuwenden. Auch Staaten, die sich durch nichts mehr speziell auszeichnen und unterscheiden, entbehren grundsätzlich ihrer Daseinsberechtigung, bzw. können sich problemlos mit anderen zusammenschliessen. Sollten wir uns eines Tages entscheiden, unsere Neutralität aufzugeben, das Bankkundengeheimnis preiszugeben und andere schweizerische Spezialitäten nicht mehr zu pflegen, dann wird weder gegen einem UNO- noch einen EU-Beitritt etwas einzuwenden sein, noch gegen die Mitarbeit in der NATO. Doch so weit ist es noch nicht.

### Neutralität

Die Einmaligkeit der Schweiz ist nicht zuletzt in ihrer Neutralität zu sehen,

■ ■ UNO-Hauptsitz in New York:  
Wird die neutrale Schweiz  
Einzug halten und mit den  
Grossen der Welt mitreden? ■ ■



## Pro UNO

### Die Zeit ist reif für einen UNO-Beitritt der Schweiz

kleinen Staaten ist das Recht. Die UNO schafft internationales Recht.

#### Keine Einschränkung der Neutralität

Die Gegner eines UNO-Beitrittes befürchten die Verletzung der Neutralität. Doch die UNO ist zu hundert Prozent neutralitätsverträglich. Keiner der anderen bewaffneten Neutrale – Finnland, Schweden oder Österreich – hat je ein Problem gehabt. Die UNO verpflichtet ihre Mitglieder nur, wirtschaftliche Sanktionen zu vollziehen. Das tun wir seit über zehn Jahren freiwillig und aus Überzeugung. Denn es sind Sanktionen, welche die ganze UNO – und nicht ein einzelner Staat – gegen einen Völkerrechtsbrecher beschliesst, um das durchzusetzen, was auch unsere Anliegen sind. Täten wir es nicht, würden wir Geschäfte mit Rechtsbrechern erlauben – und uns mit ihnen faktisch solidarisieren. Kurz: Wirtschaftssanktionen sind mit unserem Neutralitätsverständnis vereinbar.

Alle militärischen Massnahmen hingegen sind freiwillig. Wir entscheiden weiterhin frei, ob wir uns an militärischen Aktionen beteiligen. Unsere Neutralität verpflichtet uns, für keinen kriegführenden Staat Partei zu ergreifen. Und sie verbietet, uns an Bündnissen zu beteiligen, welche zur späteren Parteinahme verpflichten. Deshalb wäre ein Nato-Beitritt mit der Neutralität nicht vereinbar. Doch UNO und Nato sind zwei völlig andere Schuhe. Der Bundesrat wird der UNO beim Beitritt die Neutralität der Schweiz bekräftigen. Zu genehmigen hat sie die UNO nicht. Wir entscheiden frei und autonom, wie wir die Neutralität handhaben und leben wollen. Sie ist kein Korsett, sondern unser politisches Mittel, uns aus Konflikten anderer Länder herauszuhalten.

#### Die UNO ist demokratisch

Dem Argument, die UNO sei undemokratisch, ist leicht entgegen zu treten: Über 80% der Entscheide fallen in der Generalversammlung, wo jeder

Staat eine Stimme hat. Das Vetorecht im Sicherheitsrat gibt den 5 Grossmächten einzig die Möglichkeit, einen Entscheid zu verhindern, nicht ihn zu erzwingen. Es wird zudem sehr selten angerufen (11 Mal seit 1990). Das System des Sicherheitsrates ist ein Kompromiss zwischen Demokratie und Wirksamkeit, das Spannungen zwischen Grossmächten verhindern hilft.

#### Viele Probleme allein nicht mehr lösbar

Die Ereignisse des Jahres 2001 haben uns vor Augen geführt, dass selbst Weltmächte viele Probleme nicht allein lösen können. Wenn sogar die USA auf die Unterstützung anderer angewiesen sind, so ist es die Schweiz als kleiner Staat erst recht. Unser Beitritt zur UNO erfolgt deshalb im eigenen Interesse und ist zugleich das Zeichen einer echten Solidarität unseren Partnerstaaten gegenüber.

## Contra UNO

### Nein zum nachteiligen UNO-Vertrag!

der frei gewählten, bündnisfreien, dauernd bewaffneten und integralen Neutralität. Unsere Neutralität ist völkerrechtlich anerkannt. In den Verträgen von Paris beispielsweise ist von den Unterzeichnerstaaten sogar explizit darauf hingewiesen worden, dass «die Neutralität der Schweiz für ganz Europa von unschätzbarem Wert ist» und dass diese zu erhalten sei. Das war die Zeit, als alle genug hatten vom Krieg und alle vom ewigen Frieden träumten. Träumen nicht auch wir heute vom ewigen Frieden, obschon es weltweit rund 40 militärische Konflikte gibt? Wer garantiert

uns, dass es in ein paar Jahren nicht wieder zwei oder mehr Militärblöcke gibt, eine Konstellation, in welcher ein vorbehaltlos neutrales Land dringend nötig sein wird?

Wer behauptet, die schweizerische Neutralität sei vom UNO-Beitritt nicht betroffen, der hat ein seltsames Neutralitätsverständnis. Sind die folgenden Aktivitäten bzw. Massnahmen denn nicht neutralitätsrelevant?

- Beteiligung an Sanktionen und Boykotten (Brotsperrre)
- Durchmarschrecht (Überflug) für fremde Truppen
- Mitarbeit im Sicherheitsrat

- Mitfinanzierung von militärischen Aktionen.

Das Neutralitätsverständnis von gewissen Leuten hat sich offenbar verändert. Was der Bundesrat unter Neutralität versteht und wie er sie interpretiert, hat BR Deiss in seiner Antwort vom 22.8.2001 auf einen Vorstoss von SR Christoffel Brändli klar dargelegt. Ich zitiere: «Mit dem Wunsch nach einem Neutralitätsvorbehalt anlässlich ihres UNO-Beitritts würde die Schweiz (...) zum Ausdruck bringen, dass sie wegen ihrer Neutralität nicht willens oder nicht in der

Lage ist, als künftiges UNO-Mitglied sämtliche Verpflichtungen aus der UNO-Charta zu übernehmen». Mit andern Worten, der Bundesrat will auch neutralitätswidrige Verpflichtungen aus der UNO-Charta übernehmen. Wollen auch wir das?

### Souveränitätsverlust

Und wollen wir einen Teil unserer basis-demokratischen Rechte eintauschen gegen pseudo-demokratische Rechte für ein paar Bundesfunktionäre? Die Folgen einer Ablösung von demokratischen Formen durch eine Funktionärsmonarchie wurden uns erst kürzlich anhand der Reaktionen aus Brüssel veranschaulicht, als es das irische Stimmvolk «wagte», den Nizza-Vertrag abzulehnen. Auch Österreich lässt grüssen.

Dass zudem das Veto-Recht von einzelnen Gross-Staaten nicht zu unserem Demokratieverständnis passt, gebe ich offen zu. Es entspräche eher dem schweizerischen Demokratieverständnis, Uri, Schwyz und Nidwalden ein Vetorecht zu geben statt Zürich oder Bern.

Ich bin überzeugt, würden heute andere Staaten die Möglichkeit haben über einen Beitritt zur politischen UNO abzustimmen, würde er an verschiedenen Orten abgelehnt. Zwei amerikanische Gemeinden haben diesen Sommer übrigens beschlossen, aus der UNO auszutreten und keine Beiträge mehr für die UNO zu leisten.

### Finanzen

Damit ist auch die Frage der Finanzen angesprochen. Als Beitragszahlerin steht die Schweiz weltweit an dreizehnter Stelle. Pro Kopf bezahlt sie rund doppelt soviel, wie Deutschland oder die USA. Es kann also keine Rede davon sein, dass wir uns von der finanziellen Verantwortung drücken. Wir könnten auch noch einen Mehrbeitrag verkraften. Die Frage ist höchstens, ob die 75 Mio. Franken, die uns der Vollbeitritt zur an Mehrkosten ver-

ursacht, nicht in anderer Form effizienter eingesetzt werden könnten und wie sich diese Kosten in Zukunft entwickeln werden.

### Schlussfolgerungen

Wir sollten uns nicht allzu wichtig nehmen. Die Frage nach dem UNO-Vollbeitritt der Schweiz interessiert in der weiten Welt erst jemanden, wenn es darum geht, irgendwo auf der Welt noch ein vorbehaltlos neutrales Land

zu finden. Solange wir uns in praktisch allen Unter- und Sonderorganisationen der UNO engagieren und mithelfen auf humanitäre Art und Weise andern Ländern zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität zu verhelfen, solange kräht kein Hahn danach, ob wir auch Mitglied der politischen UNO sind oder nicht. Unsere Neutralität und unsere Unabhängigkeit sind uns zu wichtig, als dass wir sie der politischen UNO opfern wollen. Deshalb NEIN am 3. März 2002.

### Schriftenreihe



Broschüre  
Nr. 16  
in Vorbereitung

Im Frühsommer 2002 werden wir unsere Schriftenreihe mit der Ausgabe Nr. 16 ergänzen. Der Inhalt wird die Gefahren des Informationskrieges, die Verletzbarkeit von elektronischen Datenverarbeitungssystemen und moderner Kommunikationsmittel thematisieren. Der moderne Gegner greift nicht in erster Linie mit Panzern an... er wird versuchen, die lebenswichtigen Einrichtungen eines Landes zu lähmen, indem er Einfluss auf die Informationswege und elektronische Infrastruktur nimmt. Die Sicherheitspolitik der Schweiz muss dringend und rasch überzeu-

■ Grossrechner der Telekurs AG, welche für das EC-Zahlungssystem in der Schweiz zuständig ist. ■■

gende Antworten bzw. Gegenmittel vorbereiten. Wir erinnern uns, als an Weihnachten 2000 das gesamte EC-Zahlungssystem und im Sommer 2001 das Natel-Netz der Swisscom zusammenbrach: Für Stunden war unser Handeln gelähmt. Die Vereinigung PRO LIBERTATE ist der Ansicht, dass wir uns zu wenig dieser Gefahren bewusst sind.

# «NEIN»

## zum UNO-Vollbeitritt

6  
7

am 3. März 2002



Photos: Keystone

ANNEMARIE GÜR-BOSSARD  
E-Mail: guer@prolibertate.ch

Mit Schalmeientönen und Trommel-  
feuer wird im Moment in diesem Land  
die Hymne für die UNO angestimmt.  
Die Bundesräte weibeln im Lande  
herum und werben um Ja-Stimmen  
auf jede erdenkliche Art, ob mit Jun-  
kies oder an Divisionsrapporten, ihre  
Mission heiligt jedes Mittel. Berappt  
wird alles mit Steuergeldern! Weder  
die Neutralität, die Volksrechte oder  
unsere Demokratie würden bei einem  
Ja angetastet, wird uns vorgeleiert.  
Noch in den 80-er Jahren fand der  
Bundesrat es neutralitätswidrig der  
politischen UNO beizutreten. Jetzt  
wird plötzlich alles anders interpre-

tiert. Geändert hat sich die UNO-  
Charta nicht, jedoch leider die politi-  
sche Meinung unserer Landesregie-  
rung.

Am 3. März stimmen wir darüber ab,  
ob wir die Charta mit den 111 Artikeln  
der Vereinten Nationen unterschrei-  
ben wollen, oder nicht. Wir verpflich-  
ten uns mit diesem Vertrag, die  
Beschlüsse eines kleinen Gremiums,  
des Sicherheitsrates, anzunehmen  
(Art. 25). Der Sicherheitsrat besteht  
aus 5 ständigen Mitgliedern mit Veto-  
recht und zehn weiteren Mitgliedern,  
die jeweils auf zwei Jahre gewählt  
werden. Vetorecht haben die Gros-  
smächte: USA, Russland, China,  
Frankreich und England. Auch müs-  
sen wir uns bewusst sein, dass wir

■ Der europäische UNO-Sitz  
in Genf: Die Partnerschaft  
ausserhalb der politischen  
UNO-Gremien hat sich  
bis heute für beide Seiten  
bewährt. ■■

mit dieser Chartaunterzeichnung un-  
sere Neutralitätspolitik, die uns in den  
letzten 150 Jahren Frieden beschert  
hat, begraben müssen. Gemäss Art.  
41 beschliesst der Sicherheitsrat,  
welche Massnahmen für ein Land,  
das sich nicht an die Friedenskonven-  
tionen hält, getroffen werden. Zum  
Einhalten dieser Massnahmen ohne  
Waffengewalt sind alle Mitgliedslän-  
der verpflichtet. Weiter kann der Si-

cherheitsrat beschliessen, ob Streitkräfte eingesetzt werden können (Art. 43). Jedes Mitglied ist zum Beistand verpflichtet. Auf dem Verhandlungswege werden die Konditionen über das Truppenaufgebot mit den einzelnen Mitgliedsländern vereinbart.

Hier liegt des Pudels Kern, der Bundesrat behauptet zwar, jedes Land könne selber entscheiden, ob es Truppen schicken wolle oder nicht, aber zum generellen Beistand hat sich jedes Land mal verpflichtet. Ein Truppeneinsatz im Ausland würde unserer Neutralität den Todesstoss versetzen. Wer garantiert uns, dass wir keine Truppen schicken müssen? Gerade unsere Landesregierung, die weltweit um Ansehen buhlt ist ein schlechter Garant, dass wir letztlich nicht doch Truppen schicken. Wenn New York uns vielleicht verschonen will, so ist Bern aber in dieser Frage nicht zu trauen.

Von Demokratie und Volksrechten stehen die Vereinten Nationen Lichtjahre entfernt. Manfred Eisele Generalsekretärs der Vereinten Nationen 1994-98) erwähnt: *«Die Vereinten Nationen sind (...) eine Zweckorganisation von heute 189 Regierungen, von denen viele bisher nicht durch den Willen ihrer Völker bestimmt wurden.»* Diese Äusserung und die politische Entscheidungsstruktur in dieser Organisation verdeutlichen klar, dass dies mit Demokratie nicht viel zu tun hat. Die mächtigen «5» befehlen, auch wenn das Vetorecht nicht mehr oft gebraucht wird. Eisele nennt den Sicherheitsrat die P5 und erwähnt: *«Seit Ende des Kalten Krieges hat das Veto seinen Charakter als politisches Kampfmittel weitgehend verloren. Da-*

#### Art. 25 Uno-Charta

«Die Mitglieder der Vereinten Nationen kommen überein, die Beschlüsse des Sicherheitsrats im Einklang mit dieser Charta anzunehmen und durchzuführen.»

*gegen hat sich unter den «P5» eine Praxis entwickelt, die das Veto beinahe überflüssig macht: Im Vorfeld politischer Entscheidungen des Sicherheitsrates sondieren die Mitglieder des Rates, welche Einwände und Vorbehalte die einzelnen «P5» in der Debatte vorbringen wollen. Man verzichtet dann darauf, über solche Punkte abzustimmen».* Dies – eine elegantere Form der Machtausübung, so werden nur noch jene Probleme gelöst, bei denen man keine Einwände zu befürchten hat.

Zwar wird immer argumentiert, wenn wir schon in den Unterorganisationen unsere Beiträge bezahlen, sollten wir auch voll beitreten, damit wir mitbestimmen können. Zudem müssten wir für den Vollbeitrag nur noch 75 Millionen mehr bezahlen. Als 190. Mitglied in diesem Verein zu nicken oder nicht, darauf kommt es auch nicht mehr an, die Macht übt der Sicherheitsrat aus und dort haben wir sowieso nichts zu sagen. 75 Millionen mehr oder weniger sind auch kein Pappenstiel und zudem kann sich dieser Beitrag noch erhöhen, denn die UNO leidet auch stets an Geldknappheit und hat viele Sonderkonten, die auch gefüllt werden müssen. Auch hat die UNO beschlossen, dass alle Mitgliedsländer

#### Art. 41 Uno-Charta:

«Der Sicherheitsrat kann beschliessen, welche Massnahmen – unter Ausschluss – von Waffengewalt – zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen; er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Massnahmen durchzuführen. Sie können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraph- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschliessen.»

0,7% ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe zahlen müssen, dies bedeutet für uns Schweizer ebenfalls 1,6 Milliarden höhere Ausgaben für die Entwicklungshilfe. Dazu hätten wir Bürger nichts mehr zu sagen.

Ein Vollbeitrag in die Vereinten Nationen gefährdet und verunmöglicht unsere Neutralitätspolitik, widerspricht unserem Demokratieverständnis und schränkt letztendlich unsere Volksrechte ein. Deshalb sagen wir «Nein» am 3. März zu einem Vollbeitrag in die politische UNO und bleiben wie bisher unabhängige Partner dieser Organisation.

#### Art. 43 Uno-Charta:

«1. Alle Mitglieder der Vereinten Nationen verpflichten sich, zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dadurch beizutragen, dass sie nach Massgabe eines oder mehrerer Sonderabkommen dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung stellen, Beistand leisten und Erleichterungen einschliesslich des Durchmarschrechts gewähren, soweit dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.

2. Diese Abkommen haben die Zahl und Art der Streitkräfte, ihren Bereitschaftsgrad, ihren allgemeinen Standort sowie die Art der Erleichterungen und des Beistands vorzusehen.

3. Die Abkommen werden auf Veranlassung des Sicherheitsrats so bald wie möglich im Verhandlungswege ausgearbeitet. Sie werden zwischen dem Sicherheitsrat einerseits und Einzelmitgliedern oder Mitgliedergruppen andererseits geschlossen und von den Unterzeichnerstaaten nach Massgabe ihres Verfassungsrechts ratifiziert.»



# Bericht des Präsidenten

8  
9



Der Jahresbericht 2001:

## «Leg dich quer, so bist du wer»

---

WERNER GARTENMANN

E-Mail: gartenmann@prolibertate.ch

---

### Auftakt

Startschuss für die Tätigkeit 2001 war die ordentliche Hauptversammlung vom 10. März 2001 in der Bundeshauptstadt. Die Versammlung hiess die vorgelegte Statutenrevision einstimmig gut. Die neue «Verfassung» der Vereinigung ordnet nun die Mitglieder-Struktur übersichtlich, zählt verständlich die Ziele und die für die Erreichung notwendigen Instrumente auf. Zusammen mit dem neu gestalteten Porträt «Weise Voraussicht ist die beste Voraussetzung für die Erhaltung unserer Freiheit» gelang der einheitliche Auftritt im Bereich der Sprache und der Gestaltung unserer Druckerzeugnisse. Mit der Aufschaltung der Internetseite "www.prolibertate.ch" haben wir nun auch diesen Kommunikationsschritt vollzogen. Anlässlich der Hauptversammlung ermutigte uns Herr Korpskommandant Beat Fischer, Kommandant des Gebirgsarmee Korps 3, die Armee reform XXI konstruktiv anzugehen. Er zeigte kritische Punkte des Projektes auf, aber warnte davor, den Armee-Abschaffern mit zu einseitiger Kritik unter die Arme zu greifen. Die Ver-

sammlung nahm es mit Genugtuung auf, dass der Kommandant der Gebirgstruppen versicherte, er werde für den Erhalt von Kampfelementen im Gebirgsraum eintreten.

### Das Umfeld

Die Terrorangriffe in den USA, der US-Feldzug gegen den Terrorismus, das Ende der Swissair, die Bundeshilfe an den nationalen Flugbetrieb, der Amoklauf in Zug, die Vorbereitung der Einführung der Einheitswährung Euro prägten das vergangene Jahr. Volksabstimmungen bildeten Eckwerte im politischen Leben unseres Landes.

### Abstimmung über die Teilrevision des Militärgesetzes

Die Abstimmung über die Änderung des Militärgesetzes vom 10. Juni 2002 zeigte, wie wenig Dialogbereitschaft Regierungsmitglieder, Politiker, Parteispitzen und Verwaltungsexponenten mit kritischen Bürgerinnen und Bürgern an den Tag legen. Die Mehrheit des Vorstandes entschied sich gegen die Entsendung bewaffneter Truppen ins Ausland. Die Broschüre Nr. 14 von Divisionär Dr. Hans Bachofner «Die Schweiz im strategischen Umbruch» stiess auf breite Resonanz. Der anspruchsvolle und sach-

lich abgefasste Inhalt stellte die Abstimmungsfrage in einen grösseren Zusammenhang, nämlich welche Aufgaben die Schweiz in Zukunft übernehmen müsste. Das Volk entschied sich mit knapper Mehrheit für die Entsendung bewaffneter Schweizer Soldaten. Die Konsequenzen dieses Verdikts mögen heute noch nicht erkennbar sein. Früher oder später wird sich weisen, ob die vorgenommene Weichenstellung den sicherheitspolitischen Zug in den richtigen Bahnhof einfahren lässt.

### Abstimmung über die Armee-Abschaffung

Nach eingehender Lagebeurteilung entschied sich der Vorstand, ohne Kompromisse gegen die Volksinitiativen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee anzutreten. Am 25. August 2001 besuchte PRO LIBERTATE die Panzer Grenadier Schule 221 in Thun. Sie bekundete damit ihre klare Unterstützung der Milizarmee.

Die Abschaffung der Armee und die gleichzeitige Einführung eines freiwilligen Friedensaktivismus haben Volk und Stände massiv abgelehnt. PRO LIBERTATE konnte dank ativer Mithilfe unzähliger Mitglieder, Gönner und Sympathisanten gegen 50'000 Exemplare des «Anti-GSoA-Prospektes» zielgerichtet verteilen.

Mit Empörung wiesen wir aber die Interpretation des Verteidigungsdepartements zurück, welches unverfroren das klare Pro-Armee-Votum als Blankocheck für die Armee reform XXI missbrauchte. Dieser Umgang mit Volksentscheiden ist nicht nur dumm, sondern arrogant. Viele Bürgerinnen und Bürger, d.h. Angehörige der Armee, stehen hinter der Milizarmee, aber nicht ohne Vorbehalt hinter der beabsichtigten Armee reform XXI.

### Vernehmlassung des Armeeleitbildes XXI

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Armeeleitbild XXI hat die Vereinigung PRO LIBERTATE ihre Vorschläge einge-



bracht. Die sehr sorgfältig erarbeitete Vernehmlassungsantwort wollten wir nicht «schubladisieren» lassen. Deshalb beschloss der Vorstand, diese als Broschüre Nr. 15 «Armeeleitbild XXI unter Beschuss – Zum Konzeptionsstreit um die Schweizer Milizarmee» an die Öffentlichkeit zu verteilen. Es gelang, den angesehenen Militärpublizisten Heinrich L. Wirz für die Bearbeitung der Broschüre zu engagieren. Die Schrift dient als Leuchtturm in einem Meer voll von Widersprüchen, milizfeindlichen Forderungen und gefährlichen Relativierungsabsichten in der militärischen Landesverteidigung. Die Schrift erreichte auch alle National- und Ständeräte. Ein Handvoll reagierte. Der «Rest» hat sie wohl vernichtet. Was uns nicht weiter erstaunen soll – in Anbetracht der teils ernüchternden parlamentarischen Arbeit...

### **Abstimmung über den EU-Beitritt**

Im Frühjahr 2001 kam die Initiative «Ja zu Europa» zur Abstimmung. Wir haben das Begehren mit einer landesweiten Plakataktion unmissverständlich abgelehnt. Auch hier zählten wir zu Gewinnern. Die Frage eines Beitritts zur Europäischen Union dürfte nun vorläufig vom Tisch sein. Wenn die Landesregierung den Volkentscheid würdigt, wird sich in der schweizerischen Europapolitik eine Beruhigung einstellen, welche Ansehen und Glaubwürdigkeit der unabhängigen und direkt-demokratischen Schweiz fördert.

### **45 Jahre Vereinigung PRO LIBERTATE**

Unsere Vereinigung konnte im vergangenen Jahr ihren 45. Geburtstag feiern. Deshalb haben wir beschlossen, am 10. November 2001 eine würdige Veranstaltung durchzuführen, die auch dazu benutzt wurde, an den Ungarn-Aufstand von 1956 zu erinnern. Dr. Andreas Oplatka von der Neuen Zürcher Zeitung analysierte jenen Aufstand auf eindrückliche Weise. 1996 richtete PRO LIBERTATE

anlässlich ihres 40. jährigen Jubiläums einen sogenannten «Ungarn-Fonds» ein. Dessen Mittel setzen wir bis heute für die Bereitstellung von Stipendien ein, welche an ungarische Gymnasiasten ausbezahlt werden. Denn wir sind der Überzeugung, eine solide Ausbildung festigt das Fundament für eine gelebte Demokratie. Frau Agnes Krakkai aus Budapest war eine von unseren Stipendiatinnen. Sie folgte unserer Einladung nach Bern und stellte uns ihre Sicht der aktuellen Situation in Ungarn vor. Der ungarische Botschafter in der Schweiz, Dr. Pál Schmitt, nahm an der Veranstaltung teil und engagierte sich aktiv in der anschließenden Diskussion über sein Land.

### **Zensur?**

Die Auseinandersetzung mit dem Huber Verlag in Frauenfeld schwelte weiter. Wir hielten öffentlich an unserer Version fest, das VBS habe auf den Verlag Druck ausgeübt, im Buch «Armee 2002» die Publizierung eines PRO LIBERTATE-Insertes zu verhindern. Nachdem wir lange Zeit aus Frauenfeld nichts vernahmen, zeigt der Verlag nun Gesprächsbereitschaft. Wir werden selbstverständlich unsere Mitglieder über die weitere Entwicklung orientieren.

### **Der Vorstand**

Der Vorstand traf sich insgesamt zu acht Sitzungen. In Arbeitsgruppen wurden ausserhalb des Vorstandes Projekte vorbereitet. Die Präsenz der Vorstandsmitglieder war insgesamt gut. Wir spürten aber auch im vergangenen Jahr, dass wir über beschränkte Zeitressourcen verfügen. Immer und wieder muss ich Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten – leider – erklären, dass wir nebst dem Engagement bei PRO LIBERTATE auch Berufs- und Familienpflichten ausüben. Wir wissen nur zu genau, dass viele Themen aufgegriffen werden sollten. Aber wir müssen uns beschränken und die vorhandenen Mittel konzen-

trieren. Ich danke dem Vorstand für seine grosse Einsatzbereitschaft. Ohne seine Arbeit «existiert» PRO LIBERTATE nicht. Am 17. September 2001 starb unser langjähriges Vorstands- und Ehrenmitglied Walter Rytz. Als Präsident und engagierter Mitstreiter leistete er wertvolle Arbeit. Aber auch als guter Kamerad und Freund fehlt er uns.

### **Die PRO-LIBERTATE-Mitteilungen**

Das Mitteilungsblatt erschien in sieben Ausgaben. Die November-Nummer widmete sich ausschliesslich der Armee-Abschaffungs-Initiative. Die Reaktionen seitens der Mitglieder und der Öffentlichkeit auf unser «Presse-Erzeugnis» bestärken uns, den eingeschlagenen Kurs fortzusetzen.

### **Ergebnisse der Umfrage**

Mit der Dezember-Ausgabe der PRO LIBERTATE-Mitteilungen erteilten wir unseren Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten den Auftrag, mittels einer Umfrage mitzuteilen, wie sie zum UNO-Beitritt stehen. Rund drei Viertel sprachen sich gegen den Beitritt aus. Zudem ergab die Umfrage, dass eine klare Mehrheit die Arbeit des Vorstandes unterstützt, die PRO LIBERTATE-Mitteilungen schätzt und die Veranstaltungen begrüsst. Viele positive Kommentare ermutigen den Vorstand, mit unverminderter Kraft fortzufahren. Dem Wunsch nach mehr Pro- und Contra-Abhandlungen von politischen Themen kommen wir bereits in dieser Nummer unserer Mitteilungen nach. Die Fusion mit anderen Vereinigungen wurde vereinzelt vorgeschlagen. Der Vorstand ist aber der Meinung, PRO LIBERTATE muss ihre Unabhängigkeit im Sinne der Handlungsfreiheit behalten.

### **Bilanz ohne Zahlen**

Das Jahr 2001 war anstrengend. Viel Arbeit wurde ehrenamtlich geleistet. Und zwar neben Beruf sowie anderen Verpflichtungen. Der Einsatz bereitet

viel Freude. Denn schliesslich geht es darum, für unser Land einzustehen. Unsere Mitglieder sind engagiert, kritisch und hilfsbereit. Deshalb lebt unsere Vereinigung und resigniert nicht vor den anstehenden Aufgaben. Deshalb dürfen wir mit gutem Gewissen verkünden: Die schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE befindet sich in guter Verfassung.

### Ausblick

Dem geneigten Beobachter entgeht es nicht, dass in nächster Zukunft viel

politische Fragen zu beantworten sind. Das Jahr 2001 führte uns vor Augen, dass Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist. Der Freiraum einer bürgerlichen Gesellschaft wird zusehends enger. Der Glauben, Zentralismus mit einer Gesetzesflut bringe mehr Wohlstand und Sicherheit, hat sich tief eingemischt. Widersprüche machen sich breit. Wir glauben, eine bürgerliche Wertordnung wahrzunehmen. Tatsache ist aber, dass sozialistische Mechanismen wieder in Bewegung gesetzt werden. Trickreiche Werbesprüche wickeln Bürger und Steu-

erzähler um den Finger. Die Verflachung des Denkens und der Wortwahl führen zu oberflächlicher Wahrnehmung. Deshalb braucht es uns. Auch wenn wir nicht immer mit Samthandschuhen behandelt werden. Mit dem Spruch «Leg dich quer, so bist du wer» wünsche ich allen eine hartnäckige Aufbruchstimmung.

## Bericht Projektgruppe Werbung/Marketing



MAX GERBER,  
VIZEPRÄSIDENT PRO LIBERTATE

Es gibt viele Wege, mit Erfolg aktiv zu sein, aber mit Sicherheit ist es besser, wenn wir nicht allzulange auf sogenannten bewährten Standpunkten sitzen bleiben und dabei zu wenig innovativ sind. Die Anliegen und Probleme des Schweizer Volkes, haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg und nach der Gründung von PRO LIBERTATE im Jahre 1956 auf vielen Ebenen grundlegend geändert. Heute sind wir enttäuscht, wenn Neumitgliederwerbung und Sponsorenunterstützung nur noch zähflüs-

sige Erfolge aufweisen. Wir sind auch enttäuscht, wenn nur noch wenige Schweizer Bürgerinnen und -Bürger, insbesondere unsere Jugend, für die Anliegen von PRO LIBERTATE nur mässiges Interesse zeigen. PRO LIBERTATE ist aufgefordert an der Basis zu korrigieren. Das bedeutet, an der PRO LIBERTATE-Idee kritisch zu arbeiten und ein zeitgemässes zukunftsorientiertes Argumentarium mit erweiterten Themenkreisen zu schaffen. Unsere neu produzierte Broschüre will mit seinen kurzen Aussagen emotional auf das mögliche Argumentarium hinweisen. Nun liegt es an uns, aus diesem Grundgedanken aktuelle Themen

aufzugreifen und das umliegende «Gefahrenpotential» zum möglichen Schaden des Schweizer Volkes zu thematisieren. An genügend Themen fehlt es wirklich nicht!

Zur Zeit arbeitet die Marketing-Gruppe am entsprechenden Konzept. Wir sind überzeugt, dass sich gute Argumente und Facts zum Wohle von Schweizer Bürgerinnen und -Bürgern positiv auf unsere Mitglieder, Neumitglieder und Sponsoren auswirken wird. Wir sind bestrebt, breiter aktiv zu werden und sind dringend auf zusätzliche finanzielle Mittel angewiesen.

# Bericht Projektgruppe Finanzen Administration

MARCEL BIERI, KASSIER

Wie alle Jahre wird die Finanzlage der Vereinigung PRO LIBERTATE an der Hauptversammlung vom 9. März 2002 mit der Jahresrechnung aufgezeigt und dargestellt.

Das Berichtsjahr 2001 im Rechnungswesen war wiederum geprägt von einer sehr regen Geschäftigkeit. Die zahlreichen Aktionen, insbesondere auch die Geldbeschaffungsbemühungen für die Finanzierung der Anti-EU Abstimmung, aber auch der GSoA-Initiative haben einen recht aktiven Geldverkehr ausgelöst. Das Faktum, jedem Versand einen Einzahlungs-

schein beizulegen, bewirkt jeweils, dass sehr viele unterschiedlich hohe Einzahlungen getätigt werden. Bemerkenswert ist immer noch, dass unsere Mitglieder, Gönner und Sympathisanten nach wie vor die besten und treuesten Helfer sind. Das freut nicht nur den Kassier, sondern erfüllt alle Mitglieder des Vorstandes mit grosser Dankbarkeit. Auch wieder sehr ungenügend war die Unterstützung, die uns von «auswärtigen Adressaten» zuteil wurde.

Als grosse Investition (auch finanzielle) darf unser Auftritt im Internet angesehen werden. Der Vorstand war sich

einig, dass wir bezüglich Internet nicht abseits stehen dürfen. Unsere Homepage gefällt und wird zunehmend benutzt. Eine weitere grosse Geldausgabe mussten wir für unseren neuen Werbeprospekt tätigen, galt es doch unser Erscheinungsbild zu modernisieren, sprich zu verjüngen, damit auch jugendliche Bürger dieses Landes sich von uns angesprochen fühlen. Mit diesen modernen Hilfsmitteln – die zugegebenermassen nicht wenig Geld gekostet haben – sind wir für die Zukunft gut gewappnet, so dass mit viel Optimismus das neue Tätigkeitsjahr angepackt werden kann.

Es bleibt mir nochmals im Namen des Vorstandes für die dauernde generöse Unterstützung durch unsere Mitglieder sehr herzlich zu danken.

## Buch-Empfehlung:

Marion van Laer-Uhlmann

## WEISSES KREUZ UND ROTES KREUZ

Als Rotkreuzfahrerin (FHD)  
im Aktivdienst 1938-1949

Herausgeberin Ursula Bonetti

Mit einem Vorwort von Bundesrat  
Samuel Schmid

Ch. Walter Verlag Meilen, 500 Seiten,  
über 300 Abbildungen. Lieferbar  
ab April 2002 ca. Fr. 48.–

Die heute 96-jährige Marion van Laer-Uhlmann war Rotkreuzfahrerin der ersten Stunde. Über 400 Diensttage



stand sie im Einsatz: Transportübungen, Fahrschule, Motorwagendienst, Lastwagenreparaturen gehörten zur Ausbildung. Sie half bei der Internierung der Polen, bemühte sich bei der Übernahme von kriegsgeschädigten Kindern in der Ajoie, begleitete Eisenbahnzüge nach Österreich und Polen zur Repatriierung von Auslandsschweizern, erreichte die Zusammen-

führung von getrennten Familien in ganz Europa und war im Einsatz in den Kinderzügen des SRK von und nach Wien.

Spektakulär ist aber die Tatsache, dass sie über all die Jahre peinlich genau Tagebuch führte über ihre Erlebnisse und dies täglich ergänzte mit Meldungen über das Weltgeschehen. Über 300 bisher unveröffentlichte Fotografien, meist von ihr selbst aufgenommen, machen das Buch zu einem Zeitdokument über Militäreinsatz im In- und Ausland, das gerade auch im Zusammenhang mit aktuellen Diskussionen einen wesentlichen Beitrag leistet.

Das Buch kann bis zum 31.3.02 mit einem Rabatt von 10% gegenüber dem voraussichtlichen Ladenpreis von Fr. 48.– vorbestellt werden beim:

Ch. Walter Verlag  
Postfach 121  
8706 Meilen,  
Telefon 01 923 31 77  
Fax: 01 923 80 89  
E-Mail: info@walter-verlag.ch.



Erleben  
Sie die  
faszinierende  
Logistik  
der Paketpost  
Region Mitte  
in Härkingen

## PROGRAMM

Drei verschiedene Zeitfenster ermöglichen Ihnen, einen günstigen Zeitpunkt für Ihre Teilnahme zu wählen. Pro Besichtigungs-Block können max. 45 Personen teilnehmen. Die Anmeldungen werden nach Eingang berücksichtigt.

### Besichtigung 1

09.30	Besammlung im Paketzentrum Region Mitte Härkingen
09.45	Beginn der Besichtigung
11.45	Apéro, anschliessend Mittagessen
13.00	Schluss der Veranstaltung

### Besichtigung 2

13.00	Besammlung im Paketzentrum Region Mitte Härkingen
13.15	Apéro, anschliessend Mittagessen
14.30	Beginn der Besichtigung
16.30	Schluss der Veranstaltung

### Besichtigung 3

19.15	Besammlung im Paketzentrum Region Mitte Härkingen
19.30	Nachtessen
20.30	Beginn der Besichtigung
22.30	Schluss der Veranstaltung

Kosten: CHF 30.-

Mittagessen, Bus-Transfer inbegriffen  
(Jugendliche unter 16 Jahren nehmen kostenlos teil).

**Für Ihre Anmeldung benutzen Sie bitte die beigelegte Einladungskarte**



Russland:

# A T O M M Ü L L . . .

## weiterhin keine C-Waffen-Vernichtung

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Wie der russische Fernseher NTW Anfang Januar meldete, liegen auch heutzutage noch über 200 Millionen Tonnen radioaktiver Abfälle in Kasachstan frei herum; es drohe eine Umweltkatastrophe. Besonders auf der Halbinsel Mangyschlak am Kaspischen Meer wurde bis über den Zusammenbruch des Sowjetsystems hinaus Uran abgebaut. Jetzt aber werde radioaktiver Staub von den offenen, ehemaligen Bergwerken mit dem Wind über die ganze Region bis hin zur Stadt Aktau (das bisherige Schewtschenko) verbreitet. Wörtlich hiess es in der Sendung weiter: «Hausmeister tragen bei ihrer Arbeit Gesichtsschutz, um zu verhindern, dass radioaktive Teilchen in ihre Atemwege gelangen. In der ganzen Stadt prüfen Mitarbeiter des Gesundheitswesens regelmässig die Strahlungsstärke. Fünf Kilometer von Aktau entfernt zeigen Messgeräte eine Strahlung an, die Dutzende Mal höher ist als die Norm.» Fachleute seien der Ansicht, dass umgerechnet über eine Milliarde US-Dollar erforderlich sind, um die

■ ■ Das russische Raketen-Unterseeboot Kursk im Trockendock, nachdem es von niederländischen Spezialunternehmen unter hoher Geheimhaltung aus über 100 Meter Tiefe geborgen wurde. ■ ■

gefährliche Verbreitung der Strahlung in Kasachstan zu stoppen – doch dafür fehle im Staatsbeutel indes das erforderliche Geld.

Bereits im Juli vergangenen Jahres hatte ein anderer russischer Sender vom Atommüll-Lager Saosersk im Gebiet Murmansk berichtet, «die Situation hier nähert sich inzwischen einer Katastrophe.» Man könne sich auf dem Gelände nur mit besonderer Schutzkleidung aufhalten. «Die Strahlung auf den 20 Hektar Fläche liegt über der Norm, an einigen Stellen übersteigt sie die zulässige Grenze sogar um das Hundertfache.» So würden hier etwa 1000 flüssiges und 5000 Kubikmeter festen Atommülls, sowie verbrauchter nuklearer Brennstoff aus 100 atomaren Unterseebooten auch weiterhin gelagert. Die Kosten für eine Umwelt-Sicherheit in dieser Region beliefen sich auf umgerechnet annähernd zwei Milliarden Dollar – «es ist klar, dass der Haushalt für diese Zwecke derartige Summen nicht vorsieht...»

Ende November letzten Jahres wurde im Fernen Osten eine Anlage zur Verarbeitung flüssigen Atommülls in Betrieb genommen. Bereits 1993 hatte Japan 200 Millionen US-Dollar dafür zur Verfügung gestellt, um die weitere Entsorgung radioaktiver Abfälle ins Japanische Meer zu verhindern; bis dato wurde der Atommüll nämlich einfach ins Meer geworfen! Was mit dem Grossteil der Spende aus Tokio

während der vergangenen acht Jahre geschah, ist – offiziell – unbekannt... Die neue Anlage soll die Abfälle von bis zu acht Atom-Unterseebooten jährlich verarbeiten, was indes wenigstens zehn Jahre dauern dürfte. Insgesamt liegen in Fernost, wie «The Moscow Times» schrieb, etwa noch 3500 Tonnen Atommüll.

Ähnlich ist die Situation bei den C-Waffen Russlands. In einem Vertrag von 1990 zwischen der damaligen UdSSR und den USA hatten sich beide Staaten verpflichtet, 1992 mit der Zerstörung ihrer jeweiligen chemischen Kampfstoffe zu beginnen. Auf Bitten Moskaus kam es dann 1998 zu einem neuen Abkommen, das die Vernichtung jener Waffen bis 2005 vorsieht; neuerdings nennt Kreml stattdessen das Jahr 2009 und seit letzten Sommer auffälligerweise sogar immer wieder 2012. Nachdem bereits in früheren Jahren von den USA, von Kanada und auch von Deutschland höhere Geldspenden kamen, hat kurz vor Weihnachten auch Grossbritannien 17,6 Millionen Dollar für die Vernichtung dieser todbringenden Stoffe zur Verfügung gestellt. Zu Beginn des letzten Jahres hatte Nikolay Besborodow, der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Duma auf Fragen nach dem Umfang der bisherigen Zerstörung der C-Waffen in Russland zugeben müssen, «Nicht ein Gramm ist vernichtet worden...»



Photo: Keystone

## Dieses Jahr wird das Bundeshaus 100 Jahre alt

Entsprechen heute die Debatten über die Zukunft der Eidgenossenschaft der damaligen Aufbruchstimmung? Das Bundeshaus wurde ohne Steuergelder gebaut, Volk und Kantone brachten die

Mittel auf. Heute investieren wir Milliarden in die Expo... Für den Bau wurden damals ausschliesslich einheimische Baumaterialien benützt. Heute würde man wohl unter dem Motto «Weltoffenheit und Solidarität» Marmor, Granit, Zement, Holz und Bambus mit 40-Tonnen-Lastwagen aus dem Ausland importieren – und die Mehrwertsteuer um 10 Prozent erhöhen...



## «Starke Argumente finden Sie in unserer Schriftenreihe»

Ex. **«Armeeleitbild XXI unter Beschuss:  
Zum Konzeptionsstreit um die Schweizer  
Milizarmee»**, Fr. 10.–

Ex. **Das Rütli**  
Ursprung, Widerstand, Wegweiser, Fr. 10.–

Ex. **Die schweizerische Flüchtlingspolitik  
1933-1945**  
von Dr. Alfred Cattani, Fr. 10.–

Ex. **Das Ende der J-Stempel-Saga**  
Fallbeispiel von Geschichtsprägung durch  
Medienmacht von Dr. Max Keller, Fr. 10.–

Ex. **Das «sichere Ende des Vaterlandes»**  
Gottfried Keller und die schweizerische Gegen-  
wart von Prof. Dr. Eduard Stäubli, Fr. 5.–

Ex. **Die Schweiz im 2. Weltkrieg**  
Bedrohte Schweiz – Die Bewährung  
von Treumund E. Itin, Fr. 8.–

Ex. **Augenmass in militärischen Dingen**  
Eidgenössische Volksabstimmungen  
über militärische Fragen seit 1872  
von Jann Etter, Fr. 5.–

Ex. **1945 • 1995 • 1997**  
von Dr. Max Keller †, Fr. 3.–

Ex. **«...so, dass keiner mehr die Sprache  
des andern versteht»**  
Politik mit verfälschten Begriffen  
von Prof. Dr. Eduard Stäubli, Fr. 6.–

Ex. **Herrschaft durch Sprache**  
Political Correctness – auch in der Schweiz  
von Dr. Paul Ehinger, Fr. 8.–

Ex. **Die Schweiz im strategischen Umbruch**  
von Divisionär Dr. Bachofner, Fr. 8.–

Ex./Set **16 Postkarten**  
aus dem Alltag der Schweizer Armee, Fr. 10.–

Ex. **Aktuelle Ausgabe des Bulletins  
«Pro LIBERTATE-Mitteilungen»**, gratis  
Ursprung, Widerstand, Wegweiser, Fr. 10.–

Bitte senden Sie mir die bestellten Schriften  
an folgende Adresse:

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

# Demokratie vernebelt

WERNER GARTENMANN

E-Mail: gartenmann@prolibertate.ch

Nun hat auch der Kommandant der Berner Division anlässlich des Division-Rapportes im Januar 2002 mit Andersdenkenden abgerechnet. Er reiht sich damit nahtlos in die Truppe der Opinion-leader's ein, die unser Land negativ beurteilen. Seit Jahren müssen sich Armeeinghörige gefallen lassen, sich quasi befohlen die politischen Manifeste der Kommandanten der Grossen Verbände eintrichtern zu lassen. Ohne Scheu wird in der Armee politische Propaganda betrieben. Immer mit den gleichen Floskeln: Öffnung gegen Isolation, Solidarität gegen Neutralität, Intelligente gegen Hinterwäldler. Was wird indoktriniert? UNO-Beitritt, EU-Beitritt und NATO-Beitritt. Drei Integrationschritte, die aus der Schweiz ein offenes, solidarisches und sicheres Land machen würden. Es gibt ja offenbar genügend Staaten, die belegen, dass dies so wäre (?), dass sie eben offener und solidarischer sind als wir...

Wenn ein Kommandant behauptet, die Schweiz verdanke ihren Frieden den 400 Jahren Kriegsdienst im Ausland, ist das übelste Geschichtsklitterung. Solche Verdrehungen zeigen, wie heftig der Propagandanebel unsere Demokratie verdunkelt.

Das vollständige Referat von Divisionär Walder können Sie bei uns bestellen:

E-Mail [info@prolibertate.ch](mailto:info@prolibertate.ch),  
Fax 031.332 57 85,  
PRO LIBERTATE,  
Postfach, 3000 Bern 11

Presse-Mitteilung 1/02 vom 30. Januar 2002  
PL - Presse 1/02



## Freistellung von Chefredaktor Filippo Leutenegger

### Boycott der Konzessionszahlungen?

[INFO@PROLIBERTATE.CH](mailto:INFO@PROLIBERTATE.CH)


Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE verurteilt massiv den Entscheid des Regionalratsausschusses der «SRG idée suisse DEUTSCH-SCHWEIZ», Chefredaktor Filippo Leutenegger ab sofort von seinen Funktionen bei SF DRS freizustellen.

Diese Aktion ist ein erneuter Beweis dafür, dass die öffentlich-rechtliche Fernseh-Anstalt SF DRS von einer linken Vetternwirtschaft geführt wird. Das linke Verdikt gegen Leutenegger ist eine krasse Missachtung der bürgerlichen Mehrheit im Land. Im Ge-

gensatz zu den Gefolgsleuten rund um Direktor Peter Schellenberg gelang es Filippo Leutenegger, die politische Landschaft der Schweiz ausgewogen darzustellen.

Die Übernahme der publizistischen Leitung in der Chefredaktion durch Peter Schellenberg muss als arroganter Handstreich verurteilt werden.

**Die bürgerliche Vereinigung PRO LIBERTATE wird prüfen, ob im Verbund mit gleichgesinnten Kräften ein landesweiter Aufruf zum Boycott der Konzessionszahlungen an SF DRS lanciert werden muss. Die Zeit für Taten ist reif.**



Begeistern Sie  
Freunde und Bekannte  
für die Aktivitäten  
von PRO LIBERTATE  
zum Erhalt  
einer freien Schweiz

## Wichtiges Anliegen!

16

# Werben Sie Mitglieder für PRO LIBERTATE

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Alles ist in Bewegung – die Botschaft und die Bestrebungen von PRO LIBERTATE für die Erhaltung einer lebenswerten Schweiz waren noch nie so aktuell wie heute.

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE feierte dieses Jahr ihren 45. Geburtstag. Mehr als 4 Jahrzehnte Vereinsarbeit liegen hinter uns. Die Arbeit hat sich gelohnt. Doch auch in Zukunft warten noch viele anspruchsvolle Aufgaben auf uns. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir sie in Angriff nehmen.

Unsere Vereinigung benötigt dringend zusätzliche Mitglieder, Gönner und Sympathisanten, damit neue Aktionen noch wirkungsvoller durchgeführt werden können.

Neue Mitglieder helfen mit, unsere Ziele zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement und freuen uns auf zahlreiche neue PRO LIBERTATE-Mitglieder.

Die Bestrebungen von

**PRO  LIBERTATE**

für die Erhaltung und Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstützen «PRO LIBERTATE»

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.– Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- mit einer jährlichen Spende für den Landesverteidigungsfonds (ohne Mitgliedschaftspflicht)
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach • 3000 Bern 11

1.02

### Impressum

Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber, A. Gür

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11  
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85  
Internet: [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)  
E-Mail: [info@prolibertate.ch](mailto:info@prolibertate.ch)

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.  
Spenden: PC-30-26847-0

### Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident), 3800 Matten b. I.  
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16  
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen  
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz  
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen  
Christian Schmid, 3283 Niederried bei Kallnach  
Annemarie Gür-Bossard, 3800 Matten b. I.

Redaktionsschluss dieser Nummer: 11.2.2002

Schon vorbei  
«gesurft»?

[www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)

Ihre Anregungen nehmen wir gerne unter [info@prolibertate.ch](mailto:info@prolibertate.ch) entgegen